

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 312

Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Dorote monatlich RM. 1,50, vierteljährlich RM. 4,50 mit Post. Durch die Post monatlich RM. 1,65, vierteljährlich RM. 4,95 außer Postgeb.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5600 und 5610. — **Postfach:** Leipzig 20612.

Morgen-Ausgabe
Montag, 30. Juni

Anzeigenpreis: Briefe 30 Pfg., auswärts je 40 Pfg., —
Hefenpreis 1,25 M., Abon. nach Carti. —
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 80, fernruf Amt Kurwürd. Nr. 0290
Eigene Berliner Schriftleitung. — **Verlag:** und Druck von Otto Heile, Halle-Saale

Neue Verwässerung der Eisenbahnerfragen

Vor einem neuen Generallstreik — Die Unabhängigen als Hezer — Stürmische Versammlungen

Neue wirtschaftliche Forderungen

(Von unserem Ht.-Sonderberichterstatter)

Berlin, 29. Juni.

Nach dem Verlauf der am Sonntag abgehaltenen Breitenmännerversammlung aller Berliner Verkehrsvereinigungen soll lieber mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß Berlin unmittelbar vor einem neuen Verkehrsstreik steht. Obwohl aufstrebend in die Frage kommenden Organisationsformen des Streiks sind besonders sympathisch gegenübersehen, herrscht bei einem großen Teil der Angehörten die Auffassung vor, daß zur Durchsetzung der wirtschaftlichen Forderungen der Streik das einzige Mittel sei. Am heutigen Tage ist in allen Betriebsabteilungen, sowohl bei der Straßenbahn, als auch bei der öffentlichen Bahn, der Post- und Untergrundbahn, die geheime Wahlstimme durchgeführt worden. Das ergebnisreiche dieser Wahlstimme wird sich erst im Laufe des Montagvormittags abzeichnen lassen. Doch kann man jetzt schon mit großer Wahrscheinlichkeit annehmen, daß der Streik am Dienstag, den 1. Juli, zum Ausbruch kommt.

Eine stürmische Versammlung

(Von unserem Ht.-Sonderberichterstatter)

Berlin, 29. Juni.

Der Gewerkschaftsbund deutscher Eisenbahnbeamter hielt heute vormittag im Hotel „Aufs Eisenbahn“ eine Versammlung ab, die zur Organisation der Eisenbahner in die Frage kam, wie man sich bei einem Streik verhalten sollte. Die Versammlung wurde von dem Vorsitzenden der Eisenbahnervereine, dem Ht.-Sonderberichterstatter, geleitet. Zahlreiche Eisenbahnarbeiter überreichten die Kontrolle am Eingang und brachten in großer Zahl in die Versammlung ein. Der neue Bundesvorsitzende Schmidt forderte die Aufhebung des Post- und Verkehrsstreiks und betonte, daß alle Eisenbahner sich der Tragweite ihrer Verantwortung bewußt sein sollten. Er wurde durch stürmische Zurufe unterbrochen. Seine Ermahnung zur Selbstbeherrschung wurde mit häßlichem Gelächter erwidert. Die Mitteilung, daß der Streik-Erlass am Montag wieder aufgehoben werden soll, wenn die Eisenbahner sich nicht anstellen, wurde mit großer Wut aufgenommen. Mehrere Redner riefen: „Nieder, nieder! Niemand! Fort mit Post!“ Eisenbahnerstreik lange warte sich gegen die wilden Streiks, die er als schwere Schädigung der Arbeiterkraft bezeichnet. Daraufhin wurde er niedergeschrien und am Weiterreden verhindert. Der sozialdemokratische Ht.-Sonderberichterstatter betonte: „Die Eisenbahner dürfen nicht vergessen, daß das Geschäft des ganzen Volkes in ihrer Hand liegt. Den Post-Erlass verurteile auch er aufs härteste. In der sozialdemokratischen Fraktion habe er einen harten Kampf für das Streikrecht der Beamten gegen die Arbeitgeber geführt. Er hat die Eisenbahner zur Entschiedenheit, zur sofortigen Aufhebung des Post- und Verkehrsstreiks, zur Gewährung einer einmaligen Zenerungszulage, die aber gleichzeitig die Eisenbahner an ihre Verantwortlichkeit ermahnen soll, viel schärfsten Widerspruch hervor. Als einige der laute Redner das Wort verlangten, wurde die Versammlung von den Eisenbahnern unterbrochen, ohne daß es zu einer Abstimmung über die Entscheidung kam. Nun traten die Ruheherren aus dem Publikum und unabhängig übernahm den Vorsitz und erließ dem Ht.-Sonderberichterstatter das Wort, der eine wilde Rede gegen die Regierung, die bürgerlichen Parteien und die sozialdemokratischen hielt. Als er den Gewerkschaftsführern Bericht vorwarf, wurde auch er stürmisch unterbrochen. Auf: „Wir brauchen keine Agitationen, wir wollen Einigkeit, keine Rede.“ Die Mitteilung eines Eisenbahners zum Streikrecht bei Post- und Straßenbahnern wurde stürmisch und mit lauten Beifall aufgenommen. Es wurde eine Entschiedenheit angefordert angenommen, die sich für Fortsetzung des Streiks ausspricht.

Milde für die Erfurter

Am Staatsanwaltschaftsausschuß der Reichstags-Sonderversammlung wurde heute bei der Erörterung der Beratung des Eisenbahnerstreiks zunächst die Erfurter Angelegenheit besprochen. Söffer (Dem.) sprach sich für ein Mitbestimmungsrecht der Beamten aus in allen dienstlichen Fragen, die sich auf das Personal beziehen, unter Ausschluß aller reinen Personalfragen. Es sei zu beachten, daß in Erfurt nicht früher zugegriffen worden sei, besonders durch Aufregung der Druckerei. Zum mindesten müßte die Wenna und Schuppe verhaftet werden, auf seinen Fall dürften sie als Vertrauensmänner in die Diktation. Vom Ministerium wurde erklärt, daß dieses nach Einbruch der Ruhe in Erfurt, Verfügungen nicht für anständig hielte. Auch an den Ausschuß bestimmter Personen als Vertreter der Erfurter Fälle, in dem die Entziehung von Militär fällig war. Die Frage der Sonntagruhe im Güterverkehr müsse ernsthaft geprüft werden. Das Ministerium erklärte die Verweigerung des letzteren Verkehrs an, könne aber einmischen nicht wagt tun. Die volle Sonntagruhe würde 4000—5000 Leute weniger am Montag bedeuten, die mit oder einmischen wegen der Posten noch nicht müssen können.

Den Vaterlandstreuen

Ein Aufruf der deutschnationalen Fraktion.

Die Deutschnationale Fraktion der Nationalversammlung erklärt in der Stunde der Unterzeichnung des Schmachtriedens von Versailles folgenden Aufruf:

„Der Kampf um die Freiheit und die Ehre Deutschlands ist verloren. Wir wollen, daß die Schmach unserer Vergangenheit nicht auf die Zukunft der Nation übertragen wird. Dieser Friede ist nur das Ergebnis unserer Verwirrung und unserer Unfähigkeit; niemals wird er wirklichen Frieden bringen.“

Deutsche Brüder und Schwestern in Ost und West! Ihr geht nicht von uns; wir gehen nicht von Euch. Die Sprache des Blutes vermag mehr als die Buchstaben eines Friedensvertrages. Wir gehen ungetrenntlich zusammen. Was Euch der Feind verweigelt — wir vergessen nichts! Dafür werden wir sorgen!

Die Heimat braucht Ordnung, Ehr- und Pflichtgefühl, wir dürfen die Hände nicht in den Schoß legen.

„Hähe Arbeit ist unser aller Aufgabe; nur durch sie werden wir gefunden. Wir danken Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften für ihren opfervollen Dienst. Nicht einer weichen Regierung — dem Vaterland gehört die Ehre und unser Herz. In unerbittlicher Treue stehen wir zu denen, die in harter Kriegszeit unser Volk verantwortungsvoll geführt haben. Kein echter Deutscher wird sich finden, der sie in Friedenszeiten ausliefert.“

Mit gutem Gewissen schauen wir zurück. Einmütig haben wir uns bis zuletzt der Unterzeichnung des Friedensvertrages widersetzt. Nun gilt es doppelt eintzig sein und alle Kräfte der Macht und Ehre zusammenzuführen. In hoffnungsloser Zeit geben wir die Hoffnung nicht auf. Hitlers Geist wird neue Wege zeigen. Die Revolution hat das Volk erweckt und entzerrt; die Frucht der Revolution ist dieser Frieden. Durch seinen unerschütterlichen Grund soll er der Charakter unseres Volkes stärken und alle guten Geister aufwecken. Das ist unsere einzige Hoffnung. Dauter und tapfer stehen wir uns um das alte deutsche Banner schwarz-weiß-rot.“

Schmedding (Hr.) bereidigt den früheren Minister Breitenbach, der ein warmes Herz für Arbeiter und Angestellte gehabt habe. Das einstige Verlangen der Angestellten in Erfurt könne nicht sofort genug getriebe werden. Es sei nicht unbedenklich, daß der Minister von jeder Maßregelung Abstand genommen habe. Er müsse bedenken, wenn die Einrichtung des Streiks in Erfurt eine dauernde sein solle.

Söffer (Dem.) ist der Meinung, daß nach der Revolution die Volkswirtschaft in erheblichem Maße Aufschwung genommen hätte, nämlich alle Rechte der Privatangehörigen, das Streikrecht aus wirtschaftlichen Gründen könne er den Staatsbeamten unter seinen Umständen zugehen. Bei Anstellung und Beförderung dürfe den Beamten kein Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden.

Angenommen wurde ein Antrag Schmedding, die Regierung zu ersuchen, nach Möglichkeit seine planmäßige Oberinspektion und Oberleitertätigkeiten zu schaffen. Ebenso wurde von einem Antrag der Demokraten der Satz angenommen, daß bei der Einkommensermäßigung in erheblichem Maße Aufschwungsmöglichkeiten für untere und mittlere Beamte zu schaffen seien. Von dementsprechender Seite wurde beantragt, die außerordentlichen Verfügungen im Betrage von 4760000 M. zu freieren. Nach einer Erklärung des Ministers, daß eine allgemeine Ausrichtung aller Verfügungen unterbleibe, und bei ihrer stillenstillung Abschieber- und Anstellungsausschüsse mitgewirkt haben, wurde der Titel bewilligt.

Aufhebung der Blockade in Sicht

(Eigener Drahtbericht der „D. Z.“)

Berlin, 29. Juni.
Der Rat der Drei hat beschlossen, daß der Oberste Wirtschaftsrat weiterbestehen soll, um die Organisation aufrecht zu erhalten und als bindendes Glied zwischen den verschiedenen Mächten zu dienen.

Die Entente hat heute abend folgende Note an die deutsche Delegation überreicht:

„Es geht mich, Sie in Kenntnis zu setzen, daß der Waffenstillstandsvertrag die Aufrechterhaltung der Blockade bis zum Austritt der Ratifikationen vorseht. Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, daß aber trotzdem der Blockade ferner kann aufgehoben, sobald sie amtlich von der deutschen und vollständigen Ratifikation des Vertrages durch Deutschland bestätigt worden sind. Genehmigen Sie usw. ges. Clemenceau.“

Im neuen Polenreich

Millionen von Deutschen, von unserer Regierung ohne jeden Versuch der Verteidigung preisgegeben, sollen sich nun mit dem Gedanken abfinden, künftig im Polenreich zu leben. Alle heiligen vaterländischen Lieberleistungen der Vergangenheit berufen damit für sie; und nur die jäherliche Überlegung, daß ja auch Deutschland heute nichts ist als ein nationales Trümmerfeld, kann ihnen den Gedanken an das, was sie verlieren, ein wenig mildern. Wie aber ist für sie der Ausblick in die Zukunft? Gelingen sie aus der Hand eines wohlgeordneten Kulturstaates in die eines gleichen, können sie in ein Reich, dessen Vergangenheit der neuen Bürgen Sicherheit des wirtschaftlichen wie idealen Eigentums verbürgt, so würden sie schließlich vielleicht über den Wechsel der Verhältnisse hinwegkommen. Aber das neue Polen bietet für Ordnung und Recht noch weniger Sicherheit, als es das alte, wegen seiner „polnischen Wirtschaft“ berüchtigte in seinen schlimmsten Zeiten geboten hat. Vor allem den Deutschen, die das Unglück trifft, die dem Reich anheimzufallen, sind wirbige oder auch nur erträgliche Zustände in seiner Weise gewährleistet. Auch die Bestimmungen zum Schutz der polnischen Wirtshäuser nach dem Friedensvertrage getroffen werden sollen, ist ein sehr schwacher Trost für sie. Polnische Kaufkraft und Niedertracht wird unter türkischer Zustimmung der Entente diese Vorwände finden, um die Deutschen zu entrechten, zu unterdrücken und zu berauben. Es fragt sich auch, ob überhaupt jemand im neuen Polen vorhanden ist, der den Schutz der Wirtshäuser wirklich in die Hand nehmen könnte, ja ob nur eine Clique von Vertriebenen für diese Pflicht zu erwarren ist. Der Role besitzt viel Nationalität, aber Nationalität, oder er aber irgendeine edle nationale Ehrgefühl besitzt, das nach ihm den Umständen, unter denen das neue Polenreich entstanden ist, sehr stark besperrt werden.

Wie waren doch die geschichtlichen Ereignisse? Die Polen in Rußland warteten schon immer auf die günstige Gelegenheit zur Ausreise vom Zarenreich. Solange aber die reichen russischen Heere noch mit irgendwelcher Aussicht auf Erfolg im Weisjellande standen, rißte sich keine polnische Hand zur Erhebung. Die Polen wollten die Polen nicht verlassen; im Gegenteil, sie hofften auf die Niederlage ihrer Wirtshäuser. Viel mehr Polen, als man bei uns geacht hatte, standen ja längst unter den Fahnen unserer Feinde. Tüchtig lauern warteten die polnischen Führer ab, auf welcher Seite die Entscheidung schließlich neigte. Und erst als die Revolution die deutsche Wehrmacht gebrochen hatte, bekannnte sie offen Farbe. Im schamlosesten Unbath verriet das neue Polenreich die Mittelmacht, die es erst geschaffen hatte; in feiger Raubgier brachten die Polen wie ein Hundel Wölfe aus ihrem Hinterhalt hervor und schürten sich auf die nun drohenden Dämmerung.

Freilich, das ein Staat mit solcher Entstehungsbedeutung ein mehr als unheimliches Geschehnis ist, zeigte sich auch sofort. Wäre unter den Polenführern ein Mann von großen staatsmännlichen Eigenschaften gewesen, ein derartiger Eintritt in die Völkergemeinschaft wäre vermieden worden. Es ist das Wirken und Wühlen der kleinen agitatorischen Geister, nebenbei bemerkt zum Teil von Clementen nicht ungewöhnlich polnischer Wut, das mit so unwürdigem Händel zum Ziele gelangen mochte. Zum Ziel allerdings nur der unheimlichsten persönlichen Wünsche dieser Denkmänner. Denn das Polenreich von besten Bewertern her haben sich höchstens auf dem Papier. Ein einheitliches Polen, in der Souveränität, herrscht völlige Anarchie; die „polnische Wirtschaft“ ist wieder da, eben man in Polen zu regieren angefangen hat. Wie wird es erit werden, wenn der Streit um die Skrippe so recht entbrannt! Wenn die Tage des alten polnischen Reichstags neu erudem! Ganz öffentlich bricht man in unterirdischen Kreisen davon, daß das Polenreich bald wieder zusammenbrechen werde. Wohl zu begreifen, daß es sich nicht in seinen eigenen Scherben zerbricht, sondern von den Deutschen in die Luft gesprengt wird. Und wie es vollends den Deutschen im neuen Polenreich ergehen wird, das zeigen die Bewältigungen in den polnischen. Diese an Ausrottung grenzende Verfolgung der Deutschen der

